

HEUTE REGIONALSPORT

Der Landbote

ZRZ plus
Zürcher Regionalzeitungen

T A B L A T T V O N W I N T E R T H U R U N D U M G E B U N G

Vormittag 8°
Nachmittag 24°
WETTER SEITE 28

Melstermaier:
Auserwählte Kunst – 800 Jahre indische Malerei im Museum Rietberg
SEITE 18



Müll im Stadtpark:
Die unappetitlichen Spuren durchzechter Nächte und was die Stadt dagegen tut
SEITE 12

Tobias Stephan:
An der Eishockey-WM mit der Schweiz die Viertelfinals verpasst
SEITE 29



Fehr wird Sicherheitsdirektor, Graf übernimmt die Justiz

ZÜRICH. Keine Rochaden im Regierungsrat: Alle Bisherigen behalten ihre angestammten Direktionen.

Die Zürcher Regierung hat sich an ihrer ersten Sitzung in neuer Zusammensetzung konstituiert. Keines der fünf bisherigen Mitglieder wollte in eine andere Direktion wechseln. Für die beiden Neuen Mario Fehr (SP) und Martin Graf (Grüne) blieben die frei gewordenen Ämter von Markus Nottner (SP) und Hans Hollenstein (CVP) übrig. Neu übernimmt Fehr von Hollenstein die Sicherheitsdirektion. Graf, von Beruf Agronom, wird Justizdirektor. Er tut dies etwas widerwillig, denn sein Wunschziel wäre die Bau- und Verkehrsverwaltung gewesen. Im gestern angebrochenen Amtsjahr präsidiert Urmia Gut (FDP) die Regierung. Markus Kägi (SVP) ist Vizepräsident.

Auch der neue Kantonsrat hat sich gestern zur ersten Sitzung zusammengesprochen. Jürg Trachsel (SVP, Richterswil) wurde zum Ratspräsidenten gewählt. Er erzielte mit 166 Stimmen das beste Wahlergebnis seit dem Jahr 1940. (swy/na)

Berichte Seiten 13, 18, 21 + 23



Martin Graf (Grüne, vorn) und Mario Fehr (SP) betreten den Saal. Sie beerben Markus Nottner (SP) und Hans Hollenstein (CVP). Bild: Donato Caspari

Bushäuschen im Einheitslook

WINTERTHUR. Zwei Prototypen des neuen Winterthurer Bushäuschen stehen auf beiden Seiten des Rosenberg-Zentrums. Stadtrats und Stadtrat planen, schon in diesem und im nächsten Jahr ein Dutzend alte Wartehallen im Zentrum durch neue Einheitsmodelle zu ersetzen. Diese sind modular zusammengesetzt, lassen sich auch an Hanglagen ohne Modifikation bauen und sollen günstig im Unterhalt sowie praktisch zu rentieren sein. 40000 Franken kostet ein einzelnes, mit rund 3,4 Millionen Gesamtkosten rechnet die Stadt. (regi) Seite 12

Statt 1400 noch 120 Tage

BERN. Die Asylverfahren sollen beschleunigt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, will Justizministerin Simonetta Sommaruga die meisten Asylsuchenden künftig in Bundeszentren unterbringen. Hier könnten 80 Prozent der Fälle ohne zusätzliche Abklärungen abgewickelt werden, in normalen Fällen innerhalb von 120 Tagen. Das sei gegenüber heute eine massive Verkürzung, so Sommaruga. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates gab einstimmig grünes Licht. Die Umsetzung dürfte etwa fünf Jahre dauern. (soj) Seite 3

Lob und Tadel fürs Gesamtverkehrskonzept

WINTERTHUR. Nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist zum neuen Gesamtverkehrskonzept liegen die Forderungen von Parteien und Verbänden auf dem Tisch. Der Verein Agil-Mobil kritisiert erwartungsgemäss, dass der Stadtrat das Strassennetz nicht weiter ausbauen will. Im Namen der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft fordert

die lokale Autolobby, den Projekten tieferelegante Vogelsangstrasse und Heiligbergstunnel die höchste Priorität einzuräumen. Nur wenn eine solche Zentrumsumfahrung gebaut werde, bleibe genug Platz, um den Bussen die vom Stadtrat gewünschte Vorfahrt zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ist das

Verkehrskonzept gut aufgenommen worden. SP, Grüne, GLP und VCS verlangen dennoch Nachbesserungen, etwa eine konsequenter Beschränkung des Freizeitverkehrs oder eine noch bessere Förderung des Langsamverkehrs. Insbesondere die geplante Velounterführung beim Hauptbahnhof sei voranzubringen. (reg) Seite 11

Obama fordert Namen von Bin-Laden-Helfern

WASHINGTON/ISLAMABAD. Barack Obama will Aufklärung darüber, wer den Untersuchungen des Terrorchefs Osama bin Laden kannte. In einem Fernsehinterview sagte er, er glaube, dass es ein Unterstützernetzwerk für Bin Laden in Pakistan gegeben habe. Unklar sei, ob Bin Ladens Helfer aus dem Kreis der pakistanischen Re-

gierung stammten. Die USA würden ermitteln und fordern auch die pakistanische Regierung zu einer Untersuchung auf. Dazu zeigte sich der pakistanische Ministerpräsident Yusuf Raza Gilani in einer Rede vor dem Parlament in Islamabad bereit. Er wies aber Vorwürfe zurück, Behörden seines Landes hätten den Al-

Kaida-Chef unterstützt. Die Sicherheitsbehörden Pakistans hätten nicht vermocht, seinen Aufenthaltsort aufzufindig zu machen. Aber vermag hätten alle Geheimdienste der Welt. (soj) Seite 7



BUHLMANN
Garage H. Böhmann AG
Winterthur, 052 280 07 80
Die grösste Citroën-Ausstellung der Region
www.buhlmann.ch

Antirassismus: Wie notwendig?

BERN. Nachdem der Präsident der Antirassismuskommision seinen Rücktritt bekannt gegeben hat, nutzt die SVP die Gelegenheit, die Kommission in Frage zu stellen. Die Schweiz schneidet in Sachen Diskriminierung international schlecht ab. Ist die Kommission wirkungslos? Oder braucht es sie darum erst recht? (soj) Seite 3

EU-Sanktionen gegen Syrien

BRÜSEL/DAMASKUS. Die EU hat gestern wegen der Unterdrückung der Opposition in Syrien Sanktionen gegen Führungspersonen des Regimes von Präsident Baschar al-Assad beschlossen. Zu den Sanktionen gehört ein Einreiseverbot gegen 13 Personen, die nach Ansicht der EU führend an der Verfolgung von Oppositionellen in Syrien beteiligt sind. As-

sad steht jedoch nicht auf der Liste. Ausserdem verhängte die EU ein Waffenembargo. Die syrischen Sicherheitskräfte sind gestern weiter gewalttätig gegen regierungskritische Demonstranten vorgegangen. Menschenrechtsaktivisten berichteten von Schüssen in einem Vorort von Damaskus und Hausdurchsuchungen in anderen Städten. (soj) Seite 3

AHV-Reform für FDP zu langsam

BERN. In Sachen Reformtempo bei der AHV herrschen in der FDP unterschiedliche Vorstellungen: Sozialminister Didier Burkhalter verkündete eben erst eine Reformpause. Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und die Partei selbst aber erhöhen den Druck. Burkhalter bleibt unbeeindruckt. (moj) Seite 3

GAMMA
PERSÖNLICHER WOHNEN
SONNTAG 15. MAI 10-17 UHR OFFEN.
SONNENSCHAU LEBENSQUALITÄT MIT SOMMERWUHM DEKORATION
ST. GALLENSTR. 40 | 9000 WL | GAMMA.CH

BORDERLINE

TABU: Die psychische Krankheit ist schwer zu verstehen, heute ist sie Thema in der Kaserne **SEITE 13**

BIER UND SCHNAPS

ALKOHOL: Eine Themenwoche will Gefahren nennen, Genuss aber nicht verteufeln **SEITE 13**

KLASSIK

BETTINA WEDER: Eine junge Winterthurer Sängerin auf dem Weg zur grossen Stimme **SEITE 14**



MEINUNG DER REDAKTION: FELIX REICH ÜBER DEN UMBBAUKREDIT FÜR DEN WERKHOF SCHÖNTAL

Den zu grossen Werkhof endlich sinnvoll nutzen

Der Weg war lang, obwohl das Ziel eigentlich längst klar ist: Stadtwerk muss den Werkhof Schöntal besser nutzen. Dort verpufft Energie, weil die Aufteilung zwischen Büros und Werkstätten keineswegs ideal ist. Und dort wird Platz verschwendet, weil 1996 Materiallager zu gross geplant wurden. Diese Raumserven trüben die ohnehin ungenügende Umweltbilanz: Die Stadt hatte sich an den gesetzlichen Mindeststandards orientiert, da das Gebäude primär für die Logistik gebaut wurde. Inzwischen wurden provisorisch 90 zusätzliche Büroarbeitsplätze eingebaut. Eine Notlösung: Als Dienstleistungszentrum taugt der Werkhof nicht. Die Kapazitätsgrenze ist trotz schlechter Ausnutzung erreicht.

Der Weg war lang, weil hin und her überlagert wurde, wie aus der Korrektur eines Planungsfehlers eine langfristige

befriedigende Lösung werden kann. Intensiv diskutiert wurde die Energiefrage. Die beste Variante hätte aber empfindlich mehr gekostet. Kommt hinzu, dass Material eingesetzt und entsorgt werden wäre, welches das Ende der Lebensdauer noch nicht erreicht hat. Das wäre ökonomisch widersinnig und ökologisch fragwürdig.

Also beschränkt sich Stadtwerk darauf, die Energiebilanz mit neuen Bauteilen aufzupolieren. Weil der Raumbedarf pro Arbeitsplatz um ein Drittel sinkt und die Isolation mit neuen Fassadelementen punktuell verbessert wird, kann Stadtwerk den Energieverbrauch halbieren. Zu verdanken sind die Einsparungen auch dem Auszug aus dem sanierungsbedürftigen und schlecht isolierten Sitz an der Unteren Vogelsangstrasse. Das zentral gelegene Gebäude ist rund 6 Millionen Franken wert und kann

problemlos verkauft, im Baurecht abgegeben oder vermietet werden.

Der Umbau des Werkhofs heilt nicht nur die Umweltbilanz auf, erleichtert auch den Betrieb und bietet die Chance, in jedem Jahr 370 000 Franken zu sparen. Investiert werden müssen dafür 19,59 Millionen Franken. Ausgaben, für die keine Steuergelei der eingesetzt werden, sondern die allein die über Gebühren finanzierte Rechnung von Stadtwerk belasten.

Kein grosser Wurf kommt am nächsten Sonntag also zur Abstimmung, sondern ein in zähen Verhandlungen gezimmelter Kompromiss. Angegriffen wird er dennoch – oder vielleicht gerade deshalb – von zwei Seiten: Die einen finden, Stadtwerk gebe zu viel Geld aus, die anderen hätten sich ein ökologisch ambitionierteres Projekt ge-

wünscht. Doch für Maximalforderungen ist bei diesem sorgfältig geplanten Umbau kein Platz. Dass das Projekt nicht umsonst gleich auf mehrere Ehrentunden geschickt wurde, zeigt der Umstand, dass die Kredittsumme fast am Ende der Beratung nochmals um 60 000 Franken gedrückt wurde.

Stadtwerk strebt keine Luxurlösung an. Komplex und deshalb relativ teuer ist das Vorhaben trotzdem. Der Umzug wird beziehungsweise erst Ende 2015 abgeschlossen sein. Dass die Bauphase gleich drei Jahre dauert, erstaunt nicht vor dem Hintergrund, dass der Umbau bei laufendem Betrieb und in Etappen erfolgen muss.

Die Verwandlung des abgeriegelten Werkhofs in ein freizugängliches Dienstleistungszentrum vollzieht sich auch äusserlich: Das Areal wird gegen die Zürcherstrasse geöffnet, zum Eingang gelangen die Besucher über den

Fussweg, der durch den Park führt. Das vorliegende Projekt verdient insgesamt Unterstützung, weil es ökologisch, betrieblich und finanziell erhebliche Verbesserungen mit sich bringt.

Der Umbau des Werkhofs Schöntal ist schlicht ohne Alternative: Wenn Stadtwerk weitere Jahre dazu verknurrt würde, mit den Chefbüros ein sanierungsbedürftiges Gebäude an bester Lage viel zu blockieren und gleichzeitig einen viel zu gross geratenen und für Büros praktisch unbrauchbaren Werkhof zu bewirtschaften, wäre wahrlich niemandem gedient. Der Weg zum sinnvoll genutzten Hauptsitz von Stadtwerk mit Platz für 276 Mitarbeitende war weit. Die Zeit ist jetzt reif, über das eigentlich schon lange definierte Ziel nicht nur zu diskutieren, sondern es endlich auch zu erreichen.



Heute stehen die Busse mit im Stau, das neue Gesamtverkehrskonzept will für sie eigene Korridore schaffen. Bild: Doris Caspar

Das Verkehrskonzept spaltet die Parteien

Der autofreundliche Verein Agil-Mobil kritisiert das neue Gesamtverkehrskonzept scharf: Es fehle eine Zentrums-umfahrung. Aus linken Kreisen gibt es Lob und Ergänzungswünsche.

MARC LEUTENEGER

Der Briefkasten des Stadtrats war zu Wochenbeginn randvoll. Gestern ist die Vernehmlassungsfrist für das neue städtische Gesamtverkehrsprojekt abgelaufen. Die Stellungnahmen von Parteien und Verbänden sind zahlreich eingegangen. Sie bieten aber wenig Überraschendes: Von links gibt es lobende Worte und Ergänzungswünsche, von rechts fundamentale Kritik dafür, dass für den Autoverkehr mit Ausnahme einer Erschliessungstrasse in Oberwinterthur keine zusätzlichen Kapazitäten geschaffen werden sollen.

Standortnachteile befürchtet

Der Verein Agil-Mobil, der die Verkehrspolitik der Wirtschaftsverbände, der SVP und FDP sowie von Teilen der CVP und EVP repräsentiert, lud gestern zu einer Presskonferenz ein. Er kritisiert das Gesamtverkehrskonzept scharf. Der Stadtrat blende aus, dass der motorisierte Individualverkehr in der Stadt weiter zunehmen werde. Daran ändere auch der Ausbau des öffentlichen Verkehrs nichts, dem der Verein durchaus positiv gegenüberstehe. Für den Raum, der dem Autoverkehr durch die geplanten Hochleistungskorridore für Busse verloren gehe, müsse Ersatz geschaffen werden. Sonst drohten Ausweichverkehr und lange Staus. Letztere seien ein Standortnachteil. Gewerbe und Industrie seien auf gute Verkehrsverbindungen angewiesen.

Verkehrt sind nach Auffassung von Agil-Mobil auch die Pläne des Stadtrats, das Verkehrsaufkommen durch eine Beschränkung der Parkplatzzahl steuern zu wollen. Auswärtige, welche die Stadt als Einkaufszentrum nutzen, würden so nach Frauenfeld, Schaffhu-

sen oder Städesemichland ausweichen. «Der Autoverkehr ist nicht weg, wenn es keine Parkplätze gibt, er hat sich nur an einen anderen Ort verlagert», ist Daniel Oerwald, Präsident von Agil-Mobil und der örtlichen SVP, überzeugt. Für die künftige Verkehrsführung bringt der Verein zwei alte Ideen wieder auf Tapet: den Heiligbergtunnel und die tiefergelegte Vogelsangstrasse. Diese Verbindungen sind auch im Gesamtverkehrskonzept aufgeführt, aber als langfristige Massnahmen. Agil-Mobil fordert, dass sie als Zentrumsumfahrung «zeitgleich mit den Hochleistungskorridoren bereitgestellt» werden.

Eine gänzlich andere Stossrichtung haben die Vernehmlassungsantworten linker Kreise. Die Grünen, für die das Gesamtverkehrskonzept einen «grossen Fortschritt» bedeute, mahnen, dem Pendler- und Freizeitverkehr mit dem Auto müssten noch engere Grenzen gesetzt werden. Zudem müsse der Stadtrat die Planung der Hochleistungskorridore nachbessern, und zwar so, dass die Routen und Trassen sich der-einst mit geringem Aufwand für Trams unnutzen lassen. Das finden auch die Grünliberalen. Für die GLP ist das Gesamtverkehrskonzept noch in weiteren Punkten unangenehm. So komme die Einbettung und Verknüpfung mit den Nachbargemeinden zu kurz. Die SP wünscht sich mehr als zwei Hochleistungskorridore. Die Busse müssten in der ganzen Stadt bevorzugt werden. In Neuhegi sei die Erschliessung für Fussgänger und Velofahrer zu verbessern.

Knappe Mehrheitsverhältnisse

Die Beratung des Gesamtverkehrskonzepts im Gemeinderat dürfte also spannend werden. Die Mehrheitsverhältnisse in Verkehrsfragen sind knapp. Das zeigte sich zuletzt bei der Beratung der ÖV-Initiative, wo die EVP zusammen mit SP, Grünen und GLP den Gegenvorschlag des Stadtrats verschärfte. Die Initiative hat einen direkten Einfluss aufs Gesamtverkehrskonzept. Wird als angenommen oder setzt sich der städtische Gegenvorschlag durch, ist ein Ausbau des Strassenraums für Autos ohnehin nicht mehr möglich.